

A18 Hamburger Wissenschaftspolitik: zukunftsgerichtet, sozialgerecht und ökologisch

Antragsteller*in: Lone Grotheer (KV Hamburg-Altona)
Tagesordnungspunkt: 9 Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Diese Zeit ist geprägt von multiple Krisen und die dafür erforderlichen
2 Antworten sind komplex. Kurz: Es braucht eine sozial-ökologische Transformation.
3 Wissenschaft schafft dafür die neuen Erkenntnisse sowie Erfindungen. Hochschulen
4 selbst sind Ort der nachhaltigen Entwicklung für alle in der Gesellschaft und
5 wichtige Arbeitgeberinnen in der Stadt. Im Bildungssystem sind Hochschulen ein
6 wichtiger Ort, an dem sich Gestalter*innen der Zukunft bilden können. Dafür
7 braucht es Gestaltungskompetenz als Teil einer Bildung für nachhaltigen
8 Entwicklung. Es ist wichtig, dass das Wissen vielfältig und im Sinne einer
9 feministischen Wissenschaftspolitik erarbeitet wird. Das ist nicht nur relevant
10 für alle Menschen, die in ihrem Bildungsweg direkt in Kontakt mit
11 Hochschulbildung kommen, sondern es geht uns alle etwas an. Es macht einen
12 Unterschied für Erfindungen und Erkenntnisse aus der Wissenschaft, wie gut die
13 Rahmenbedingungen sind und wie orientiert an einer nachhaltigen Entwicklung
14 Campusleben, Forschung, Lehre und Entscheidungsstrukturen ausgestaltet wird.

15 Ein kritischer und differenzierter Umgang mit Forschung erlaubt den
16 gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger*innen ausgewogene und
17 informierte Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig ist die Forschung ein Garant
18 für mulinationale Vernetzung, Verständigung und Konsens. Der internationale
19 Fokus auf Wissenschaft ermöglicht eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage:
20 wissenschaftsbasierte Politik. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung,
21 Forschung in sich als meinungsgeprägten Raum zu verstehen, sodass die Erkundung
22 jener Räume (kritische Wissenschaft) wichtig ist, um die Wechselseitigkeit aus
23 Gesellschaft, Politik und Wissenschaft zu verstehen. Wissenschaft insich ist ein
24 politischer Raum, in welchem Akteur*innen sich zusammenfinden: Die Entscheidung,
25 an welchen Themen geforscht wird, ist politisch. Die Entscheidung, welche
26 Ergebnisse wie veröffentlicht werden, ist politisch. Die Entscheidung, welche
27 Professuren eine staatliche Förderung erhalten, ist politisch.

28 Und weil Wissenschaft politisch ist, bedeutet dies für uns: zukunftsorientierte
29 Wissenschafts- und Hochschulpolitik erkennt die unverzichtbare Verbindung von
30 Nachhaltigkeitszielen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit dem
31 Hochschulwesen an. Wir sind fest davon überzeugt, dass Universitäten und
32 Hochschulen als Bildungs- und Forschungsinstitutionen eine Schlüsselrolle bei
33 der Förderung von Nachhaltigkeit und der Vermittlung entsprechender Kompetenzen
34 spielen. Daher muss ihre Ausgestaltung und Entwicklung im Zentrum jeder
35 Hochschulpolitik stehen. BNE und damit auch Nachhaltigkeitsziele sollten
36 integraler Bestandteil jedes Vorhabens und jeder Entscheidung im
37 Hochschulbereich sein, um eine ganzheitliche und langfristige Perspektive auf
38 Bildung und Forschung zu gewährleisten. Auch Wissenschaft muss nachhaltig sein -
39 in sich, in ihrer Ausrichtung und ihren Zielen.

40 Voraussetzung: Wissenschaft ausfinanzieren!

41 Um dies zu gewährleisten, braucht Wissenschaft entsprechende Rahmenbedingungen:
42 Ein wesentliches Element ist die gute finanzielle Grundlage der Infrastruktur
43 für die Wissensmetropole Hamburg. Dazu gehört eine auskömmliche Finanzierung für
44 die Hochschulen, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, das
45 Studierendenwerk und die öffentlichen Bibliotheken (insbesondere die Staats- und
46 Universitätsbibliothek). Wir GRÜNEN setzen uns seit vielen Jahren für eine
47 bessere Hochschulfinanzierung ein und haben wesentliche Schritte einerseits mit
48 den Hamburger Zukunftsverträgen für alle Hochschulen, dem UKE und der Staats-
49 und Universitätsbibliothek in dieser Legislatur und andererseits mit der so
50 genannten Dynamisierung (also jährlichen Steigerung) des Zukunftsvertrag für
51 Studium und Lehre der Bundesregierung gemacht.

52 Spätestens seit der Inflation durch die Covid19-Pandemie und dem russischen
53 Angriffskrieg auf die Ukraine ist klar, dass die Planung mit einer maximal
54 2%igen Mittelsteigerung nicht sinnvoll ist. Wir setzen uns ein für eine
55 mittelfristige Nachverhandlung der Hamburger Zukunftsverträge mit der
56 Sicherheit, dass Inflations- und Tarifkostensteigerungen voll übernommen werden
57 und eine jährliche Steigerung der Mittel für die wachsenden Aufgaben und
58 Innovationen und die Verträge entfristet werden. Die Staats- und
59 Universitätsbibliothek hat sehr innovative und gute Entwicklungspläne, die wir
60 finanzieren wollen. Dabei ist nicht nur wichtig, dass das Wissen öffentlich,
61 lang und leicht zugänglich ist, sondern auch studentische Lernräume letztlich in
62 ganz Hamburg ausreichend vorhanden sein müssen.

63 Auch Hochschulen sind keine Orte die frei von Diskriminierung sind. Nicht ohne
64 Grund machen Bündnisse wie #metooscience immer wieder auf die durch die
65 Hochschulstrukturen bedingten starken Machthierarchien und das hohe Potenzial
66 für Machtmissbrauch hin. Als Grüne Hamburg setzen wir uns daher dafür ein, dass
67 die Stabstelle für Gleichstellung mit mehr Ressourcen ausgestattet wird, um ihre
68 wichtige Aufgabe noch besser ausfüllen zu können und zum Abbau von
69 Machtstrukturen beizutragen.

70 Etwas ein Drittel aller Studierenden sind laut einer Erhebung des Paritätischen
71 Wohlfahrtsverbands armutsgefährdet. Die noch immer besonders hohe Inflation,
72 sowie stark steigende Mietkosten sorgen auch bei Studierenden für steigende
73 Lebenshaltungskosten. Diese Entwicklung lässt vermuten, dass inzwischen
74 wahrscheinlich sogar mehr Studierende armutsgefährdet sind. Dennoch erhalten nur
75 noch rund 11% aller Studierenden Unterstützung durch das BAföG und Prognosen
76 gehen nicht davon aus, dass sich das unter den aktuellen Bedingungen ändern
77 wird.

78 360€ sieht das BAföG aktuell monatlich zum Wohnen vor. Dabei liegt in Hamburg
79 bereits der durchschnittliche Preis für ein WG-Zimmer laut Moses Mendelssohn
80 Institut bei 610€. Nicht einmal die Zimmer in den Studierendenwohnheimen des
81 Hamburger Studierendenwerks liegen noch alle innerhalb des im BAföG vorgesehenen
82 Rahmens. Diese wollen wir dennoch ausbauen, da sie noch immer die günstigste
83 Wohnform für Studierende darstellen und der Bedarf schon lange das Angebot
84 überbietet. Hierbei ist insbesondere zu beachten, dass auch BAföG und andere
85 Sozialleistungsempfänger*innen sich das Wohnen in den Wohnheimen des Hamburger
86 Studierendenwerks leisten können müssen.

87 Auch in den Mensen steigen die Preise und wer einen BAföG-Antrag stellt wartet
88 zunächst Monate auf eine Bearbeitung dieser. Insbesondere um dieser Wartezeit zu

89 begegnen, halten wir Konzepte wie ein unkompliziert zu beantragendes
90 Studienstartgeld als Zuschuss der nicht zurückgezahlt werden muss für ein
91 geeignetes Konzept.

92 Deshalb ist es wichtig, die Finanzierung des Hamburger Studierendenwerks auf
93 festen Boden zu stellen. Nachdem in den letzten Legislaturen die Trendwende
94 eingeleitet wurde und statt Kürzungen schrittweise Mittelsteigerungen
95 parlamentarisch und durch den Senat auf den Weg gebracht wurden, wollen wir
96 jetzt den Hamburger Hochschulsozialpakt. Das bedeutet, dass das Studierendenwerk
97 jährliche Zuweisungen bekommt, die die Verstetigung des Defizits 2023/2024
98 umfassen plus die notwendigen Anforderungen für eine nachhaltige Ernährungswende
99 bis 2030, Digitalisierung von Anträgen, Ausbau der Wohnheimplätze und
100 Beratungsangebote.

101 Neben einer besseren Finanzierung des Studierendenwerks braucht es auch eine
102 Reform der staatlichen Unterstützung zur Studierendenfinanzierung um die prekäre
103 Situation der Studierenden zu verbessern. Denn wie bereits die Beschreibung der
104 aktuellen Situation Studierender zeigt, ist auch das BAföG aktuell nicht an
105 studentische Lebensrealitäten angepasst ist. Als Grüne Hamburg setzen wir uns
106 deshalb weiter für eine weitreichende Reform des BAföG ein, die das BAföG wieder
107 an tatsächliche studentische Realitäten anpasst und zukunftsfähig macht. Das
108 bedeutet neben einer regelmäßigen und bedarfsgerechten Anpassung der Fördersätze
109 und Freibeträge unter anderem auch, dass das BAföG elternunabhängig werden muss
110 und der Rückzahlungsbetrag reduziert werden muss. Auch stellen wir uns ganz
111 entschieden dagegen, die maximale Rückzahlungssumme weiter zu erhöhen.

112 Wir erkennen, dass Hamburg als Ballungsraum auch für Studierende bedeutet, dass
113 sie besonders hohe Lebenshaltungskosten haben. Deshalb wollen wir sicherstellen,
114 dass sich niemand aus finanziellen Gründen gegen ein Studium in Hamburg
115 entscheiden muss und wollen uns deshalb dafür einsetzen, Studierende auch als
116 Stadt finanziell bei ihrem Studium in Hamburg zu unterstützen. Etwa durch einen
117 Sozialfond der eine finanzielle Unterstützung zur Zahlung der Miete und anderer
118 Kosten ermöglicht. Denn Bildungsgerechtigkeit bedeutet eben auch, dass junge
119 Menschen ungeachtet ihrer sozialen Herkunft die Möglichkeit haben sollten frei
120 zu entscheiden wo sie studieren wollen ohne auf finanzielle Fragen achten zu
121 müssen.

122 Arbeitsbedingungen

123 Als Hamburger Grüne haben wir in der Hamburger Bürgerschaft maßgeblich mit dafür
124 gesorgt, Mindestvertragslaufzeiten für studentische Beschäftigte einzuführen.
125 Leider werden diese noch nicht flächendeckend eingehalten. Sie können zudem nur
126 ein Anfang sein auf dem Weg, hin zu einer längst überfälligen Tarifierung
127 studentischer Beschäftigter. Denn kurze Vertragslaufzeiten, eine Bezahlung nur
128 knapp über dem Mindestlohn und eine dadurch entsehende große Unsicherheit in
129 diesen Anstellungsverhältnissen sorgen dafür, dass nicht alle Studierenden
130 diese, oft Karrierefördernden, Jobs annehmen können. Als Hamburger Grüne wollen
131 wir deshalb weiter an der Seite von TVStud bleiben und fordern weiter: Es
132 braucht jetzt einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!

133 Die Evaluierung der beschlossenen Mindestvertragslaufzeiten muss daher dringend
134 angegangen werden und die Mindestlaufzeiten nach der Evaluation bestenfalls
135 angepasst werden. Auch die Einführung eines studentischen Personalrates wollen
136 wir weiter voranbringen. Dauerstellen für Daueraufgaben ist schon lange der

137 Slogan der Bewegung #ichbinhanna, die eine Reform des
138 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) fordert. Dieser Forderung schließen
139 wir uns auch als Grüne Hamburg an. Unter besonders großem Druck stehen
140 Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, die nach der Promotion bis zu sechs Jahre
141 befristet beschäftigt werden dürfen. Stellen abseits der Professur sind bisher
142 rar, was eine große Konkurrenz erzeugt und für eine große psychische Belastung
143 sorgt.

144 Insbesondere aus Gesichtspunkten feministischer Wissenschaftspolitik ist dies
145 kritisch zu betrachten. Es ist wichtig, die Auswirkungen auf die Familien- und
146 Lebensplanung der Mitarbeiter*innen zu berücksichtigen und ihnen eine sichere
147 Perspektive zu bieten. Langfristige Unsicherheit führt zu finanziellen und
148 persönlichen Belastungen, die verhindern, dass Wissenschaftler*innen ihr volles
149 Potenzial entfalten können. Eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes
150 sollte daher auch die Geschlechtergerechtigkeit und die Vereinbarkeit von
151 Familie und Beruf in den Fokus nehmen.

152 Um dem entgegenzuwirken, soll der Anteil an Dauerstellen kontinuierlich erhöht
153 werden und Stellenkategorien nach dem Vorbild der Lecturer und Researcher
154 sollten nach dem Bremer Modell etabliert werden. Mehr Flexibilität in den Wegen
155 ist spannend. Als typischer Berufsweg in der Wissenschaft ist das Akquirieren
156 von Fördergeldern zur Finanzierung eines Forschungsprogramms und
157 Mitarbeiter*innen (wie bspw. ERC Starting & Consolidator Grants oder das DFG
158 Emmy-Noether-Programm). Obwohl an dieser Stelle Wissenschaftler*innen bereits
159 selbstverantwortlich wissenschaftliche Projekte mit Personalführung in
160 Millionenhöhe betreuen, bleiben die Forscher*innen in der prekären Situation,
161 dass mit dieser Förderung noch keine feste Anstellung einhergeht. Dies muss sich
162 dringend ändern: wer an Hamburger Universitäten und Forschungseinrichtungen in
163 jener Personalverantwortung steht und dabei Spitzenforschung betreibt, sollte
164 eine feste Anstellung erhalten. Grundsätzlich geht diese Forderung mit der Idee
165 einher, dass eine Entfristung bereits viel früher greifen muss, als regelhaft
166 mit einer Professur: Wer selbständig dazu in der Lage ist, ein Forschungsprojekt
167 zu leiten, sollte dies nicht aus einer prekären Lebenssituation und unsicherer
168 Perspektive heraus leisten müssen.

169 Darüber hinaus setzen wir uns weiter dafür ein Drittmittel-Pooling voran zu
170 treiben. Unsere Grüne Herangehensweise: im Dialog auf Augenhöhe aller
171 Beteiligten z.B. über die AG Code of Conduct Konzepte entwickeln und Dissense
172 herausarbeiten und wo möglich einen Konsens finden. Wir erkennen gleichzeitig
173 die Interessensgegensätze und -Konflikte von Arbeitgeber*innen und
174 Arbeitnehmer*innen an und entscheiden deshalb auch politisch auf Basis unserer
175 Beschlusslage.

176 Lehre und Studienbedingungen

177 Unsere Welt entwickelt sich in einer rasenden Geschwindigkeit und Bildung ist
178 der Schlüssel sie zu verstehen. Schon lange stehen wir als Grüne für das Konzept
179 der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ein. Ein Ansatz der Bildung ganzheitlich
180 denkt, lebenslanges Lernen als Mehrwert für den einzelnen Menschen in das
181 Zentrum stellt, kooperatives sowie problembasiertes Lernen fördert und
182 gesellschaftliche Schlüsselprobleme bearbeitet. Die Hochschullehre ist ein
183 zentrales Element des Systems Hochschule. Wir wollen eine vielfältige und

184 plurale Lehre fördern, die auch die sogenannten kritischen Wissenschaften als
185 wichtigen Bestandteil begreift.

186 Um das zu gewährleisten braucht es gute Betreuungsrelationen und gute Lehre muss
187 genauso zu gutem wissenschaftlichen Standard gehören, wie exzellente Forschung.
188 Das wollen wir unter anderem dadurch fördern, dass wir den Besuch von
189 Weiterbildungen im Bereich der Didaktik zu einem notwendigen Kriterium bei der
190 Besetzung neuer Professuren machen. Auch die Verteilung von Fördergeldern, soll
191 künftig auch an gute Lehre geknüpft werden. Wir wollen zeitgleich die
192 Möglichkeiten für solche Fortbildungen ausbauen.

193 Uns ist es daher ein auch zentrales Anliegen allen Menschen den Zugang auch zu
194 Hochschulbildung zu ermöglichen. Leider ist aktuell kein gleichberechtigter
195 Zugang zur Hochschule gegeben. Als Grüne wollen wir daher mehr Möglichkeiten
196 schaffen, auch als Quereinsteiger*in ohne das Abitur den Weg in ein Studium
197 finden zu können. Wer aus dem klassischen Studierendenraster rausfällt und etwa
198 Verpflichtungen wie der Pflege Angehöriger nachkommen muss, der schafft es zudem
199 oftmals nicht in Vollzeit zu studieren. Wir wollen deshalb die Möglichkeit eines
200 Studiums in Teilzeit weiter ausbauen und in mehr Studiengängen grundsätzlich und
201 ohne weitere Begründung ermöglichen.

202 Nicht erst mit dem Studienstart haben Studierende unterschiedliche Bedingungen.
203 Wer als Arbeiter*innenkind den Weg an die Hochschule sucht, hat es oft schwerer,
204 da keine familiären Vorbilder da sind, an denen sich die Interessent*innen
205 orientieren können. Um diese Lücke zu verringern wollen wir Kooperationen
206 zwischen Hochschulen und Schulen fördern um den Weg in ein Studium zu
207 erleichtern. Auch Beratungsangebote sollen ausgebaut werden und Tutorien
208 insbesondere in den ersten Fachsemestern stärker gefördert werden. Beides soll
209 ebenfalls dafür sorgen, dass Studierende gleiche Chancen erhalten.

210 Die Krisen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass unsere aktuellen
211 Zugangsregelungen für Studiengänge keinen gleichberechtigten Zugang für
212 Studierende, die vor Krieg und Krisen fliehen ermöglichen. Betroffen waren
213 insbesondere Studierende aus Drittstaaten, die von Sonderregelungen nicht
214 erfasst wurden und keinen Zugang zum Studium erhielten, was in der Realität dazu
215 führte, dass sie kein Bleiberecht erhielten. In Hamburg haben wir deshalb
216 weitere Regelungen und Projekte geschaffen. Diese sollen bestehen bleiben,
217 ausgebaut und verstetigt werden. Wir setzen uns weiterhin ein für eine
218 Verbesserung des Zugangs und ihr Bleiberecht in Hamburg.

219 Nicht alle Studierenden finden auf Anhieb den für sie richtigen Studiengang.
220 Doch nicht nur die Förderregeln für das BAföG machen Studiengangswechsel
221 schwierig. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Wechsel einfacher
222 ermöglicht werden und sie sich nicht mehr auf die BAföG-Förderung auswirken.
223 Bisher haben nur ausgewählte Studierende die Möglichkeit einen Masterstudiengang
224 zu studieren. Das liegt auch daran, dass Masterplätze bewusst verknüpft werden.
225 Diese Verknappung wollen wir aufheben und für jeden Bachelorstudienplatz auch
226 einen entsprechenden Masterstudienplatz ermöglichen.

227 Im Sinne eines lebenslangen Lernens nach dem Konzept der BNE wollen wir auch
228 Open Educational Resources, auch in Form der Hamburger Open Online University
229 weiter unterstützen und wo möglich fördern.

230 Forschung

231 Forschung ermöglicht neue Erkenntnisse und Entwicklungen, kritische
232 Selbstreflektion als Gesellschaft und fördert international Diplomatie sowie
233 Verständigung.

234 Wissenschaft ist auch mit privaten Strukturen vernetzt, hierbei entsteht
235 teilweise eine Vermischung von gesellschaftlichen und privaten Interessen. Uns
236 ist deshalb von Bedeutung, dass Unternehmen, die wissenschaftliche
237 Einrichtungen, Produkte oder Ergebnisse kommerzialisieren, ihren Anteil zahlen
238 und entsprechend ihres Gewinns besteuert werden.

239 Das DESY macht genau das und ist eine wichtige Säule internationaler Forschung
240 und Vernetzung. Wir setzen uns dafür ein, dass das DESY zur Realisierung des
241 neuen Röntgenmikroskops Petra 4 eine Finanzierung durch den Bundeshaushalt
242 erhält. Deshalb haben wir landesseitig eine Anschubsfinanzierung beschlossen und
243 führen viele Gespräche auf Bundesebene. Dabei ist wichtig, dass
244 Wissenschaftskommunikation und Zugänglichkeit für die Gesellschaft im
245 Vordergrund stehen: Die Wissenschaft in Hamburg betrifft uns alle, und daher ist
246 es wichtig, dass sie der Gesellschaft zugänglich ist. Das schafft Diskurs und
247 ein allgemeines differenziertes Verständnis wissenschaftlicher Prozesse. Citizen
248 Science, also Forschung mit Bürger*innen, findet unter anderem am neuen Leibniz-
249 Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels statt, dessen rechtliche
250 Grundlage und Teilfinanzierung wir GRÜNE diese Legislatur auf den Weg gebracht
251 haben.

252 In diesem Bereich wollen wir außerdem eine Reallabor-Förderlinie nach dem
253 Beispiel aus Baden-Württemberg in die Landesforschungsförderung integrieren.
254 Außerdem ist Forschung an den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit
255 zentral. Wir haben deshalb unter anderem diese Legislatur den neuen Klimarechner
256 'Levante' für das Deutsche Klimarechenzentrum gefördert. Ein weiterer wichtiger
257 Bereich ist die interdisziplinäre außeruniversitäre Forschung. Gerade in der
258 heutigen Zeit ist es von großer Bedeutung, das Vorhaben umzusetzen das Institut
259 für Friedens- und Sicherheitsforschung in ein Leibniz-Institut auszubauen.

260 Staatliche Universitäten bestehen zum zivilen Zweck (zum Selbstzweck abseits
261 wirtschaftlicher oder privater Interessen) - hier ist notwendig, bisherige
262 Strukturen zu prüfen und dies in den allgemeingültigen Fokus universitärer
263 Forschung zu stellen. Dazu gehört auch Zivilklauseln zu unterstützen und auch in
264 Regularien zu verankern.

265 Auch ist die öffentliche Wissenschaftskommunikation ein wichtiger Bereich und
266 wir müssen Räume schaffen, in welchen Forscher*innen ihre Ergebnisse
267 allgemeinverständlich präsentieren, erklären und diskutieren können. Deshalb ist
268 es gut, dass es Formate wie Science Slams, Wissen vom Fass, KinderUni, die Woche
269 der Wissenschaftskommunikation gibt. Über diese Berichte hinaus sollte
270 eingeführt werden dass Forschungsergebnisse und Forschungstätigkeiten von
271 Hochschulen in der öffentlichen Kommunikation an die Bevölkerung deutlich besser
272 zugänglich sein müssen.

273 Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse betreffen die
274 Finanzierung eines speziellen Forschungsthemas. In der Regel erfolgt die
275 Finanzierung über Drittmittel, die vergeben werden für einzelne
276 Forschungsprojekte oder einem Forschungsverband (Exzellenzcluster,
277 Sonderforschungsbereiche). Jene Prozesse müssen im Sinne der Demokratisierung
278 und gesellschaftlicher Beteiligung demokratisch und transparent ausgestaltet

279 werden. Wir möchten untersuchen, ob gesellschaftliche Akteur*innen in der
280 Entscheidungsfindung und Gremien beteiligt sein sollten, um eine demokratische
281 Verteilung von Geldern zu ermöglichen. Auch möchten wir bei der Nutzung
282 öffentlicher Gelder Verzerrungen in inhaltlichen sowie Personalführungs-Fragen
283 reduzieren, beispielsweise wäre ein Weg eine Förderung an der Teilnahme an
284 Kursen, etwa mit pädagogischen Inhalten zur Sensibilisierung im
285 gesellschaftlichen Diskurs z.B. zu Klassismus, Rassismus oder genderbezogenerer
286 Diskriminierung zu knüpfen.

287 Für die Gesellschaft ist von größter Bedeutung, dass wissenschaftliche
288 Ergebnisse allgemein zugänglich sind. Daher sollten Forschungsergebnisse
289 grundsätzlich als Open Access freizugänglich sein (ohne dafür zahlen zu müssen.
290 In den letzten Jahren ist der öffentliche Zugang an wissenschaftliche Ergebnisse
291 (Bücher, Journal Artikel) gestiegen, gleichzeitig bedeutet dies eine finanzielle
292 Belastung für die Gesellschaft, da Verlagshäuser hohe Kosten für Open Access
293 Veröffentlichungen verlangen. Hier braucht es zusätzliche politische Steuerung:
294 Wir finanzieren keine Forschung, um den Verlagshäusern einen Geldsegen zu
295 bringen. Stattdessen braucht es alternative Publikationswege und wir möchten
296 einen Impuls für internationale Initiativen für systemändernde Alternativen
297 geben. Eine Ausschreibung für gemeinwohlorientierte Veröffentlichungsprozesse
298 könnte beispielsweise in Hamburg erfolgen und an die Staats- und
299 Universitätsbibliothek geknüpft sein. Wir tragen zu einer höheren Transparenz
300 hinsichtlich der Förderung durch Drittmittel bei. Bestenfalls soll eine
301 vollständige öffentliche leicht zugängliche Auflistung sämtlicher Drittmittel
302 erfolgen.

303 Bisher findet Forschung sowie Sicherheits- und Prüfungsverfahren in Hamburg auch
304 mit Tierversuchen statt. Wir wollen deshalb einen wirkungsvollen und umfassenden
305 Plan zum Einstieg in den Ausstieg aus Tierversuchen erarbeiten und neben der
306 bereits geschaffenen Professur zur Erforschung von unter anderem Ersatzmethoden
307 in einer Ausschreibungsrunde der Landesforschungsförderung weitere Mittel zur
308 Verfügung stellen.

309 Wissenschaft ist ein Raum, in dem (wie in allen gesellschaftlichen Räumen),
310 Menschen diskriminiert werden. Der Blick in der Wissenschaft selbst ist von
311 einer Mehrheitsgesellschaft geprägt - diese führen zu diskriminierenden
312 Entscheidungen zu Fragen, was beforscht wird, wer gefördert wird und welche
313 Themen behandelt werden.

314 Ein wichtiger Bereich der nicht genügend Aufmerksamkeit erhält ist
315 beispielsweise die Gehörlosen Kultur. Es ist sehr gut und wichtig, dass es in
316 Hamburg das Zentrum für Disability Studies gibt und wir GRÜNE haben uns
317 erfolgreich für den Erhalt eingesetzt und unterstützen den Ausbau. Außerdem
318 wollen wir einen Forschungsbereich für Deaf Culture Studies in Hamburg
319 verankern. Zu unserem Ansatz der feministischen Wissenschaftspolitik gehört auch
320 die Förderung von Gender Studies. Wir begrüßen es sehr, dass das Zentrums für
321 Gender & Diversity von allen staatlichen Hamburger Hochschulen getragen wird und
322 streben die Finanzierung weiterer Projekte in diesem Bereich an.

323 Für die Förderung kritischer Wissenschaften setzen wir uns in den Ziel- und
324 Leistungsvereinbarungen mit den Hamburger Hochschulen ein und werden den Anschlag
325 durch eine Runde der Landesforschungsförderung unterstützen. Dazu gehört auch,

326 dass wir eine feste Linie einrichten wollen, mit der wir Raum für
327 Unvorhergesehenes und Fehlerkultur schaffen.

328 Entscheidungsstrukturen

329 Moderne Hochschulen in einer Demokratischen Gesellschaft benötigen Demokratische
330 Strukturen. Um unsere Hochschuldemokratie und die akademische Selbstverwaltung
331 zu stärken, wollen wir die Zusammensetzungen der Hochschulgremien reformieren.

332 Die Wahl des Präsidialamtes an Hochschulen ist eine zentrale Position innerhalb
333 der Hochschulen, welche zurecht in einer Wahl im Akademischen Senat geschieht.
334 Allerdings, wird diese Wahl zur Zeit auf der Basis eines Vorschlags aus einer
335 Findungskommission getroffen. Zwar hat der akademische Senat die Möglichkeit
336 diesen abzulehnen, eine tatsächliche Personenwahl besteht kaum. Wir wollen die
337 Findungskommission abschaffen und in Anlehnung an die Länder Berlin und Hessen
338 eine ausschließliche Auswahl und Wahl durch den akademischen Senat einführen.

339 Wir wollen die Voraussetzungen zur Berufung als Vizepräsident*in senken. Der
340 aktuelle Anspruch zur Voraussetzung eines abgeschlossenen Hochschulstudiums und
341 einer dreijährigen Berufstätigkeit in verantwortungsvoller Stellung wollen wir
342 streichen. Hierdurch schaffen wir die theoretische Möglichkeit der Einführung
343 von studentischen Vizepräsident*innenschaften.

344 Die Funktion des*der Kanzler*in ist von zentraler Bedeutung für die alltägliche
345 Steuerung der Hochschulen. Gerade durch die starke administrative Tätigkeit der
346 Kanzler*innen ist ihrer Rolle von starkem Belang für die tatsächlichen
347 Mitglieder der Hochschule. Daher wollen wir die Wahl der Kanzler*innen vom
348 Hochschulrat in den akademischen Senat verlagern.

349 Der Hochschulrat hat eine wichtige repräsentative und kuratierende Funktion und
350 ist ein Beratungsgremium. Er sollte allerdings keine konkreten Befähigungen zur
351 alltäglichen Steuerung der Hochschule besitzen, diese wollen wir zurück in den
352 akademischen Senat führen. So halten wir den akademischen Senat für das richtige
353 Gremium zum Beschluss der Wirtschaftspläne der Hochschule und möchten diese
354 Kompetenz hierhin führen.

355 Der Hochschulrat gestaltet die Zukunft und kuratiert die Leitlinien der
356 Hochschulen, die sollte aber nicht alleine aus der externen Perspektive
357 geschehen. In Anlehnung an die bayrischen Hochschulräte, möchten wir die
358 Mitglieder des akademischen Senates auch qua Amt zu stimmberechtigten
359 Mitgliedern im Hochschulrat machen.

360 Den Hochschulsenat möchten wir noch demokratischer gestalten und eine
361 Möglichkeit schaffen die Diversität der Mitglieder der Hochschulen hier auch
362 tatsächlich abzubilden. Hierfür wollen wir eine Besetzung nach Viertelparität
363 einführen. Die Statusgruppe der Hochschullehrer*innen, des Mittelbaus, des
364 technischen und Verwaltungspersonal und der Studierenden sollen in gleichen und
365 gleichberechtigten Teilen vertreten sein soweit verfassungsgemäß möglich. So
366 stärken wir die Hochschuldemokratie.

367 Analog zur Regelung in Bayern, wollen wir die universitäre
368 Gleichstellungsbeauftragte mit einem wirkungsvollen Vetorecht, das tatsächlich
369 verhindern kann und nicht nur aufschieben, ausstatten und gemeinsam mit den
370 Akademischen Senaten Hamburgs sowie der
371 Landesgleichstellungsbeauftragtenkonferenz beraten, ob sie zum stimmberechtigten

372 Mitglied im Akademischen Senat wird. So stärken wir die Position von
373 Gleichstellungsarbeit und die Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen.

374 Ebenfalls wollen wir die Findungskommissionen der Dekanate abschaffen. Die Wahl
375 der Dekan*innen soll hier ausschließlich durch die Fakultätsräte geschehen.

376 Campusleben und Betrieb

377 Dort wo Forschung, Hochschulstudium und -verwaltung stattfindet, findet auch
378 Campusleben statt - nicht nur von den Menschen, die in Hochschulen leben und
379 arbeiten sondern auch Anwohner*innen aus dem Viertel. Zur Verzahnung von
380 Wissenschaft und Gesellschaft begrüßen wir stadträumliche verbindene
381 Entwicklungen, wie beispielsweise das Urban Gardening Projekt WurzelWerk auf dem
382 Uni Hamburg Hauptcampus, das mit dem BNE-Preis ausgezeichnete Projekt
383 Wattwanderung oder die Überlegung Wochen- oder Flomärkte auch mal auf einem der
384 Campuus zu veranstalten. Es braucht eine gute Infrastruktur an jedem Campus mit
385 Zugang zu einer Mensa, Lern- und Freiräumen und bezahlbaren Wohnraum in der
386 Nähe. Die Mensen müssen an allen Standorten eine gesunde, preiswerte und vegane
387 sowie vegetarische Ernährung ermöglichen, auch über Hauptgerichte.

388 Insbesondere an der TU Hamburg braucht es mehr Lern- und Freiräume.
389 Grundsätzlich ist dies bei allen Hochschulbauten wichtig zu beachten, genauso
390 wie Begegnungsflächen für Mitarbeitende und alle Gebäudenutzer*innen, die je
391 nach Gebäudebedarf auch interdisziplinären Austausch fördern. Wo möglich wollen
392 wir Begrünung ausbauen, Obstbäume sowie biodiversitätfördernde Vegetation
393 anpflanzen und damit auch Besprechungsräume im Grünen schaffen. Wir setzen uns
394 weiterhin dafür ein, dass Barrierefreiheit und die nachhaltigsten
395 Energieeffizienzstandards auf allen Ebenen umgesetzt wird und die nötigen
396 finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Wir haben uns
397 erfolgreich dafür eingesetzt, dass Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden,
398 also auch Hochschulbauten, installiert werden.

399 Zur Infrastruktur gehört auch IT-Sicherheit und Datenschutz, die von enormer
400 Bedeutung sind wie auch die aktuellen Hacking Angriffe auf Universitäten u.a. in
401 Hamburg zeigen. Wir stärken Digitalangebote und wollen zusammen mit den
402 Studierendenschaften und in enger Abstimmung mit dem Hamburger
403 Datenschutzbeauftragten nicht nur die bestehenden Lernplattformen
404 weiterentwickeln, sondern auch Tools für den studentischen Austausch jenseits
405 des Studiums OpenSource ausbauen.

406 Wir richten eine hamburgweite Förderung von studentischen Initiativen ein.
407 Wichtig dafür ist, dass sie die Mittel selbst verwalten können, tatsächlich
408 Verantwortung für ihr Projekt bekommen und Ansprechpersonen. Die sogenannten
409 Green Offices, die sich für nachhaltige Arbeit an Hochschulen engagieren stützen
410 dieses Engagement ebenfalls. Weshalb wir ein solches Green Office an allen
411 Hamburger Hochschulen etablieren wollen.

412 In den letzten Jahren hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen: Künstliche
413 Intelligenz generiert nun Videos, Bilder, Texte und sogar Stimmen. In der
414 Gesellschaft herrscht noch kein Konsens darüber, wie wir damit umgehen sollen.
415 Die Entwicklung verläuft derart rasant, dass es oft schwerfallen kann, die
416 tatsächlichen Auswirkungen umfassend zu erfassen. Es ist daher dringend
417 erforderlich, diese Entwicklungen im Kontext von Wissenschaft und Hochschule zu
418 verstehen. Dazu bedarf es einer Überarbeitung der bestehenden Regulierungen für

- 419 verantwortungsvolle Wissenschaft. Wir wollen Gremien einrichten, die ethische
420 Implikationen diskutieren, um darauf aufbauend Richtlinien zu entwickeln, wie
421 wir mit diesem Thema in Wissenschaft, Lehre und Forschung umgehen wollen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Christina Markfort (KV Hamburg-Mitte); Artur Shakhnazarov (KV Hamburg-Wandsbek); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Andreas Strube (KV Hamburg-Harburg); Leon Meyer (KV Hamburg-Bergedorf); Jette Chiara Ihl (KV Hamburg-Altona); Mathis Lorenzen (KV Hamburg-Nord); David Herder (KV Hamburg-Mitte); Fabian Tiedemann (KV Hamburg-Harburg); Jakob Mellem (KV Hamburg-Harburg); Enja Knipper (KV Hamburg-Harburg); Paul Brock (KV Hamburg-Harburg); Kai Ringlau (KV Hamburg-Harburg); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Thomas Maack (KV Hamburg-Harburg); Monika Linek (KV Hamburg-Nord); Oliver Camp (KV Hamburg-Nord); Malte Deutschmann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Pia Scherhauser (KV Hamburg-Bergedorf)